Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister -		Datum 01.11.2005
Dezernat II	Amt FB 02	**Öffentlichkeitsstatus** öffentlich

I N F O R M A T I O N **I0316/05**

Beratung	Tag	Behandlung
Der Oberbürgermeister	22.11.2005	nicht öffentlich
Finanz- und Grundstücksausschuss	23.11.2005	nicht öffentlich
Stadtrat	01.12.2005	nicht öffentlich

Thema: Information über die Inanspruchnahme von Haushaltsmitteln per 30.09.2005

1. Gesamteinschätzung Verwaltungshaushalt

Im 1. Halbjahr 2005 wirkte die Verfügung des Oberbürgermeisters vom 23.12.2004 zur vorläufigen Haushaltsführung 2005. Mit Verfügung des Oberbürgermeisters vom 10.03.2005 wurde der Verwaltungshaushalt freigegeben. In Verbindung mit der Information I0192/05 – Risiken in der mittelfristigen Finanzplanung – wurden Sachkosten zur Risikominderung in Abstimmung mit den Beigeordneten den Gruppierungen 5 und 6 in einer Gesamthöhe von 449.725 EUR gesperrt.

Das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes per 30.09.2005 im Vergleich zum Vorjahr:

	30.09.2005	**30.09.2004**
Anordnungssoll - Einnahmen	330.828.802,22 EUR	318.524.579,78 EUR
- Abgang alter Kassenreste	2.661.471,55 EUR	3.310.411,80 EUR
- Abgang alter Haushaltseinnahmereste	0,00 EUR	0,00 EUR
+ Globalbereinigung aus dem Vorjahr	2.810.000,00 EUR	3.210.000,00 EUR
= Summe bereinigte Soll-Einnahmen	330.977.330,67 EUR	318.424.167,98 EUR
Anordnungssoll - Ausgaben	366.573.649,06 EUR	333.271.138,16 EUR
- Abgang alter Haushaltsausgabereste	0,00 EUR	0,00 EUR
= Summe bereinigte Soll-Ausgaben	366.573.649,06 EUR	333.271.138,16 EUR
Ergebnis:	-35.596.318,39 EUR	-14.846.970,18 EUR

Der Haushaltsvergleich stellt sich wie folgt dar:

	Haushaltsplan 2005	**Anordnungssoll 30.09.2005**	**Erfüllung 30.09.2005**	**Vergl. Erfüllung 30.09.2004**

	439.090.700 EUR	330.977.330,67 EUR	75,4 %	78,4 %
Ausgaben	525.716.500 EUR	366.573.649,06 EUR	69,7 %	71,0 %
Fehlbedarf	**86.625.800 EUR**			

Die Erfüllung der Einnahmen mit 75,4 % zum Jahresplan 2005 beinhaltet die Jahresanordnung bei wiederkehrenden Einnahmen, wie z. B. bei Realsteuern und Mieteinnahmen, so dass vom derzeitigen Ergebnis nicht auf entsprechende Mehreinnahmen zum Jahresende geschlossen werden kann. Im Vergleich der angeordneten Einnahmen (absolute Beträge) gegenüber dem Vorjahr ist eine Mehreinnahme in Höhe von 12,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Die Inanspruchnahme der Ausgaben mit 69,7 % der geplanten Ausgaben ist unter Berücksichtigung der vorläufigen Haushaltsführung mit ihren Einschränkungen und der Sperrung von Ausgaben des sächlichen Betriebs- und Verwaltungsaufwandes als vertretbar einzustufen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres ist jedoch eine absolute Steigerung um 33,3 Mio. EUR zu verzeichnen. Die höhere Deckung des Soll-Fehlbetrages (2004: 13,5 Mio. EUR; 2005: 42,8 Mio. EUR) im Unterabschnitt 92000 mit 29,3 Mio. EUR bildet die entscheidende Mehrausgabe im Vergleich zum Vorjahr.

1.1 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben nach Gruppierungen

In der Anlage 1 wird, geordnet nach Gruppierungen, zahlenmäßig der Haushaltsplan mit dem Rechnungsergebnis per 30.09.05 und dem voraussichtlichen Ergebnis zum Jahresende gegenübergestellt. Die Abweichungen werden sowohl prozentual als auch absolut ausgewiesen. Zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabegruppen wird nachfolgende Erläuterung gegeben:

Einnahmen

Die Realsteuern weisen per 30.09.05 einen überdurchschnittlichen Erfüllungsstand aus. Die Einnahmen aus allen Steuerarten (Grupp.-Nr. 00-03) per 30.09.05 betragen 86,7 %. Zum Jahresende werden voraussichtlich Mindereinnahmen bei der Grundsteuer B von 1,8 Mio. EUR aus nicht eingetretenen Steigerungen entstehen. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass beim Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern bisher ein Erfüllungsstand von 52,4 % zu verzeichnen ist. Die Einnahmen lt. Festsetzungserlass vom 15.02.05 betragen voraussichtlich für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 19,0 Mio. EUR, beim Familienleistungsausgleich 6,9 Mio. EUR und bei der Umsatzsteuer 11,6 Mio. EUR. Hieraus erwachsen Mindereinnahmen von 1,5 Mio. EUR am Jahresende. Des Weiteren sind auf diesen Erlass Mindereinnahmen von ca. 2,2 Mio. EUR bei den Schlüsselzuweisungen und dem Ausgleich der Sozialhilfelasten zurückzuführen. Der Haushalt wird durch Mindereinnahmen bei den Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Grupp.-Nr. 092/093) von ca. 2,8 Mio. EUR belastet, weil die Verteilung der Sonderbedarfsergänzungszuweisungen des Bundes im Land Sachsen-Anhalt noch nicht abschließend festgelegt sind. Voraussichtlich werden aus Steuern, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen insgesamt Mindereinnahmen von 6,4 Mio. EUR entstehen.

Im Berichtszeitraum wurden Einnahmen aus Gebühren und ähnlichen Entgelten (Grupp.-Nr. 10, 11, 12) mit 79,5 % erwirtschaftet. Die Einnahmen aus Verkauf, Mieten, Pachten und sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen (Grupp.-Nr. 13, 14, 15) betragen 96,6 %.

Die Erstattungen und Zuweisungen vom Bund (Grupp.-Nr. 160, 170) weisen im Berichtszeitraum einen Erfüllungsstand von 62,4 % aus. Hier sind in erster Linie Zuwendungen für das Rahmenprogramm „Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen auf lokaler Ebene“ zu nennen, die

zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2005 noch nicht bekannt waren. Diese Mehreinnahmen führen in gleicher Höhe zu Mehrausgaben (Grupp.-Nr. 715, 718). Mindereinnahmen in verschiedenen Bereichen führen jedoch dazu, dass insgesamt keine Übererfüllung am Jahresende zu erwarten ist.

Die Einnahmen vom Land (Grupp.-Nr. 161, 171) sind bereits mit 100 % realisiert. Für die in den Monaten November und Dezember 2004 gezahlten Mietzuschüsse nach dem bis dahin geltenden Wohngeldgesetz, erfolgte die Erstattung im Haushaltsjahr 2005. Vom Sozialamt werden diese Mehreinnahmen mit 1,3 Mio. EUR angegeben.

Mindereinnahmen sind für die Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (UA 48200, Grupp.-Nr. 191) zu verzeichnen. Die Erfüllung bis zum 30.09.2005 beträgt 27,9 %. Bisher erfolgte entsprechend der Revisionsklausel nach § 46 Abs. 9 SGB II noch keine Erstattung (s. I0145/05). Dies begründet sich auf veränderte Ausgaben je Bedarfsgemeinschaft im Vergleich zur Ursprungsplanung (alt 87,3 Mio. EUR für 19.897 Bedarfsgemeinschaften, neu 66,0 Mio. EUR für 19.820 Bedarfsgemeinschaften). Vom Bund werden 29,1 % dieser Ausgabeansätze übernommen, dieses entspricht einer Mindereinnahme von 6,2 Mio. zur Ursprungsplanung. Weiterhin wurde in der Ursprungsplanung Einnahmen aus der Revisionsklausel erwartet. In der Vorausschau per 31.12.05 sind die v. g. 13,0 Mio. Entlastung enthalten. Es wird jedoch eingeschätzt, dass die Einnahmen in Höhe von 21,7 Mio. EUR voraussichtlich nicht realisiert werden können, da entsprechende Mehrausgaben wie oben begründet nicht anfallen werden.

Die übrigen Finanzeinnahmen (Grupp.-Nr. 21,22,24 bis 28) weisen einen Erfüllungsstand von 109,0 % aus. Im 2. Halbjahr erhielt die Stadt eine Mehreinnahme aus Gewinnanteilen der SWM in Höhe von 5,1 Mio. EUR. Der Ersatz von Sozialleistungen (Grupp.-Nr. 24 - 25) wird per 30.09.05 mit 112,7 % Erfüllung ausgewiesen. Einnahmen aus Bußgeldern und Säumniszuschlägen (Grupp.-Nr.. 260, 261) sowie die Verzinsung von Steuernachforderungen (Grupp. 265) betragen im Berichtszeitraum 75,6 %. Es zeichnen sich keine Mehreinnahmen aus Bußgeldern und Säumniszuschlägen und aus der Verzinsung von Steuernachforderungen zum Jahresende ab.

Ausgaben

Die Personalausgaben (Hauptgruppe 4) wurden mit 109.565,9 Tsd. EUR (73 %) in Anspruch genommen (Vorjahr 121.216 Tsd. EUR). Der Anteil des Deckungskreises DKPK4 (Verwaltung) an den Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes per 30.09.05 beträgt 91.761,1 Tsd. EUR (17,4 %). Zum Jahresende wird bei den Personalausgaben (Grupp.-Nr. 4) eine voraussichtliche Gesamtausgabe von 150.523,0 Tsd. EUR ermittelt (Anlage 1, Seite 2). Bezogen auf die verfügbaren Personalausgaben (incl. üpl/apl und Sperre) beträgt die Abweichung zum Jahresabschluss 2005 derzeit insgesamt 1.103,0 Tsd. EUR. Der wesentliche Anteil der Reduzierung der verfügbaren Personalausgaben ist auf die Übertragung der Kindertageseinrichtungen an freie Träger (Deckung der Zuschüsse) zurückzuführen. Die Abweichung zum Jahresende in Höhe von 1.103,0 Tsd. EUR wird sich mit der Beschlussfassung des Stadtrates am 03.11.2005 zum Antrag auf eine überplanmäßige Ausgabe (DS0446/05) erheblich reduzieren. Die vorgenommene Hochrechnung beinhaltet die Ausgaben des Monats September 2005 als Basis für die weitere Entwicklung der Personalausgaben zuzüglich der im November zu zahlenden Sonderzuwendung (61,6 % des monatlichen Bruttoentgeltes). Die Besoldungserhöhung für Beamte konnte bei der Einschätzung zum voraussichtlichen Ist per 31.12.2005 nicht berücksichtigt werden, da es bisher zu keiner analogen Anpassung gekommen ist.

Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben (Grupp.-Nr. 50 - 66) wurden mit 72,2 % in Anspruch genommen (Vorjahr 70,5 %). Hierin enthalten sind Ausgaben der Grupp.-Nr. 54 - Be-

wirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen mit 83,1 % (Vorjahr 78,4 %). Die vom Oberbürgermeister veranlasste haushaltswirtschaftliche Sperre zielt auf die Gruppierungen in diesem Bereich.

Mehrausgaben in der Gruppierung 67 – Erstattungen von Ausgaben in Höhe von ca. 1.216,3 Tsd. EUR sind Leistungen des Sozialamtes in Form von Hilfen zur Gesundheit (UA 41310). Nach Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes (GMG) sind nicht krankenversicherte Sozialhilfeempfänger den Versicherten in ihren Leistungsansprüchen gleichgestellt. Das Haushaltsjahr 2005 wird belastet durch Ansprüche, die im Jahr 2004 nicht mehr zur Auszahlung kamen.

Die Leistungsbeteiligung nach SGB II (Grupp.-Nr. 69) weist eine Inanspruchnahme von 61,2 % aus. Das Sozialamt schätzt zum Jahresende eine Minderausgabe von 21,7 Tsd. EUR ein. Es wird auf weitere Ausführungen zum DKSOZ verwiesen.

Mittel für Zuweisungen an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen (Grupp.-Nr. 715) sind bisher mit 34,6 % (Vorjahr 55,2 %) verausgabt worden. Zuschüsse an Vereine und Verbände (Grupp.-Nr. 718) sind in Höhe von 73,4 % (Vorjahr 84,2 %) ausgereicht worden.

Die Leistungen der Sozialhilfe (Grupp.-Nr. 73 - 79) wurden bisher mit 83,1 % (Vorjahr 82,5 %) ausgeschöpft. Für sonstige soziale Leistungen (Grupp.-Nr. 78), dazu gehören die Grundsicherung, die Leistungen nach dem USG und die Leistungen zur Eingliederung von Arbeitsuchenden, sind bisher 101,6 % angeordnet worden. Nach Ermittlungen des Sozialamtes zeichnet sich allein für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG) innerhalb und außerhalb von Einrichtungen ein Mehrbedarf von ca. 1.650 Tsd. EUR (UA 48500) ab.

Zinsausgaben (Grupp.-Nr. 80) wurden bisher in Höhe von 9.442 Tsd. EUR (60,4 %) einschließlich Zinsen für Kassenkredite gezahlt. Minderausgaben zeichnen sich zum Jahresende bei den Zinsausgaben in Höhe von 733 Tsd. EUR ab.

Im III. Quartal 2005 wurde die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt (Grupp.-Nr. 86) in Höhe von 12.500,0 Tsd. EUR geleistet. Das entspricht einer Inanspruchnahme von 95,5 % (im Vorjahr 6.514,3 Tsd. EUR entspricht 57,4 %).

Der Soll-Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2003 in Höhe von 42.835,6 Tsd. EUR wurde im 1. Halbjahr ausgeglichen.

Insgesamt führen Mindereinnahmen aus dem FAG in Höhe von 3,7 Mio. EUR und aus Hartz IV in Höhe von 2,8 Mio. EUR, die erhöhten Personalausgaben von ca.1,1 Mio. EUR und die Belastungen aus dem Sozialhilfesektor zu finanziellen Risiken, die kaum durch Einsparungen an anderer Stelle auszugleichen sind. Der geplante Fehlbetrag von 86,6 Mio. EUR ist damit nach derzeitigen Einschätzungen nur bei konsequenter Umsetzung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen einzuhalten.

1.2 Budgetabrechnung per 30.09.2005

In der Anlage 2 wird die zahlenmäßige Abrechnung der Budgets ausgewiesen. Die Inanspruchnahme aller budgetierten Haushaltsmittel beträgt 65,5 %. Dennoch wird von den Budgets 03, 1, 4 und 9 die Nichteinhaltung des vorgegebenen Budgets zum Jahresende eingeschätzt. Die Einhaltung des Budgets 7 ist nach dem erfolgreichen Abschluss der Haustarifverhandlungen gegeben. Nach aktuellen Einschätzungen wird es unter Berücksichtigung der Sperre gemäß Informa-

tion I0192/05 zu einer Überschreitung aller budgetierten Haushaltsmittel am Jahresende voraussichtlich von ca. 502,6 Tsd. EUR kommen.
Im Einzelnen wird nachfolgend über die Situation informiert.

Budget 0 – Bereich Oberbürgermeister

Der Zuschuss des Budgets 0 wurde mit 70,4 % in Anspruch genommen.

Die Inanspruchnahme der Ausgaben erfolgt nicht gleichmäßig über die Monate verteilt, sondern jeweils nach Terminplänen von Veranstaltungen und Ehrungen. Auch Ausgaben für Repräsentationen und Städtepartnerschaften erfolgen nicht kontinuierlich.

Insgesamt wird durch den Budgetverantwortlichen eingeschätzt, dass zum Jahresende die Auslastung des Budgets bei 98,9 % liegt.

Budget 03 – Kommunales Gebäudemanagement

Der Zuschuss des Budgets 03 wurde mit 69,1 % (Einnahmen 100,2 %, Ausgaben 85,0 %) erfüllt.

Die hohe prozentuale Einnahme- und Ausgabeerfüllung wird begründet durch die Jahresanordnungen bei Mieten und Pachten und dem Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Bördelandhalle.

Durch den Budgetverantwortlichen wird zum Jahresende eine voraussichtliche Überschreitung des Zuschusses in Höhe von 474.600 EUR eingeschätzt. Diese Überschreitung resultiert aus angekündigter Rückzahlung der Vorsteuer an das Finanzamt für das Haushaltsjahr 2004 für Stadthalle, Bördelandhalle, AMO und Johanniskirche in Höhe von 309.500 EUR, einer Rückzahlung für das Haushaltsjahr 2002 in Höhe von 95.100 EUR und aus ca. 70.000 EUR für die noch ausstehenden Ämterumzüge (Bezug Altes Rathaus/Neues Rathaus, FB 03, Umweltamt) bis zum 31.12.2005.

Budget 1 – Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung

Der Überschuss des Budgets 1 wurde mit 132,4 % erwirtschaftet. Dabei sind die Einnahmen mit 79,5 % und die Ausgaben mit 66,3 % in Anspruch genommen.

Die Einnahmerealisierung mit den in Zusammenhang stehenden Ausgaben ist differenziert zu betrachten, da die Gebühren für Dokumente bei der Beantragung gezahlt werden und die Ausgaben ca. 8 Wochen später getätigt werden (Bürgerservice, Straßenverkehrsabteilung).

Durch bereits erteilte Aufträge, Ausschreibungen und Reservierungen sind z.B.:

- im Umweltamt	89.400 EUR
- im Ordnungsamt	58.300 EUR
- im Standesamt	13.500 EUR
- im Amt für Brand- und Katastrophenschutz	42.900 EUR
- im FB 01 für Miet- und Pachtzahlungen	210.500 EUR

gebunden und werden im IV. Quartal 2005 kassenwirksam.

Die Ausgaben u.a. für Kfz-Versicherung, Strafrechtschutzversicherung, den Versand der Lohnsteuerkarten, Abführungen an die Bundeskasse sind erst im IV. Quartal fällig.

Im Budget 1 waren zum Jahresanfang Kassenreste in Höhe von 1.739.212 EUR zu verzeichnen. Durch Zahlungseingänge von 341.187 EUR und Niederschlagungen bzw. Berichtigungen in Höhe von 330.501 EUR beträgt der neue Kassenrest 1.067.524 EUR.

Durch das Dezernat I wird derzeit eingeschätzt, dass der geplante Überschuss zum Jahresende um 8.500 EUR nicht erreicht wird und begründet das geschätzte Ergebnis mit:

Mehreinnahmen	
- FB 01 Einnahmen der Vergabestelle und nicht genau planbare Zuschüsse	20.000 EUR
- Amt 37 aus der Feuerschutzsteuer	40.000 EUR
- beim Standesamt	20.000 EUR
- Amt 30 und Amt 31	11.500 EUR
- in der Straßenverkehrsabteilung (erhöhtes Aufkommen bei Ausfuhrkennzeichen)	150.000 EUR
- im Bürgerservice durch höhere Gebühren im Ausländerbereich und durch erhöhte Gebühren für Melderegisterauskünfte u. Meldebescheinigungen	100.000 EUR
Mindereinnahmen	
- beim Amt 37 aufgrund des Rückganges von kostenpflichtigen Einsätzen	150.000 EUR
Mehrausgaben	
- beim Amt 32 Bürgerservice (DS 0061/05 - Mehr Einwohner für Magdeburg)	200.000 EUR

Budget 2 - Finanzen

Der Überschuss des Budgets 2 im Berichtszeitraum wurde mit 310,9 % erwirtschaftet. Dabei sind die Einnahmen mit 105,0 % und die Ausgaben mit 48,8 % in Anspruch genommen.

Positiv auf das Einnahmeergebnis wirkt sich die Jahressollstellung der Mieteinnahmen in Höhe von 2.446.332 EUR aus, die jedoch nur in Höhe von 1.782.880 EUR kassenwirksam werden. Bei den Ausgaben ist zu beachten, dass im UA 88000 -Allgemeines Grundvermögen- Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten der Hochbauten, Straßen und Wege wie auch die Zuschusszahlung an den Verband der Gartenfreunde e. V. zu leisten sind.

Hinsichtlich der Einhaltung des Budgets zum Jahresende kann eingeschätzt werden, dass der Überschuss mit 126 % erwirtschaftet wird.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand werden zum 31.12.2005 Mehreinnahmen in Höhe von ca. 146.867 EUR sowie Minderausgaben in Höhe von ca. 16.450 EUR zu erwarten sein.

Budget 3 – Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit

Der Zuschuss des Budgets 3 wurde mit 75,6 % (Einnahmen 66,2 %, Ausgaben 72,7 %) erfüllt.

Die bisherigen Einnahmen entstanden aus Abschlagszahlungen zu den Projekten Regionalmanagement, Paktmanagement sowie den aus 2004 übernommenen zweckgebundenen Einnahmen. Weitere Fördermittel für o.g. Projekte sowie für das Projekt „Lokales Kapital“ (ISA) und der Beteiligung des LSA an der Expo Real und der Daimler-Chrysler-Umweltkonferenz sind im IV. Quartal 2005 abzufordern.

Bei geplanten Ausgaben wie z.B.	
- Messe Expo Real	50.000 EUR
- für eine Fachanzeigenserie, zur Aufstellung von Werbetafeln und zur	40.000 EUR

Konzipierung des touristischen Wegeleitsystems	
- zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Magdeburg	100.000 EUR
- für die Daimler-Chrysler-Umweltkonferenz	40.000 EUR

erfolgt die Realisierung ebenfalls erst im IV. Quartal.

Durch den Budgetverantwortlichen wird eine Auslastung von 100 % des verfügbaren Budgets zum Jahresende eingeschätzt.

Budget 4 - Kultur, Schule, Sport

Der Zuschuss des Budgets 4 wurde auf der Grundlage des verfügbaren Budgets, einschließlich der außerplanmäßigen Ausgaben –Gutachterkosten– für das PPP-Modell in Höhe von 113.680 EUR und unter Berücksichtigung der gesperrten Sachkosten in Höhe von 152.478 EUR, mit 80,4 % in Anspruch genommen. Die Einnahmeerfüllung beträgt 58,7 %, die Inanspruchnahme der Ausgaben 73,5 %.

Im Berichtszeitraum wurden die Einnahmen im Sport -und Schulverwaltungsamt (Amt 40) mit 49,9 %, im Kulturamt (Amt 41) mit 45,9 %, in den Bibliotheken (Amt 42) mit 74,5 %, im Konservatorium (Amt 44) mit 101,8 %, in den Museen (Amt 45) mit 94,4 % und im Stadtarchiv (Amt 47) mit 142,0 % erfüllt.

Amt 40 – Mindereinnahmen -	
Eintrittsgelder in Bädern und Schwimmhallen	320.000 EUR
Rückzahlung von Energiekosten	420.000 EUR
Amt 40 – Mehreinnahmen -	
Erstattung von Betriebskosten der Horte durch freie Träger	180.000 EUR
gefördertes Projekt „Berufsfachschulen in Kooperation mit der Wirtschaft“	180.000 EUR
Amt 41 – Mindereinnahme -	
Sanierungsmaßnahmen im Kloster Unser Lieben Frauen, Konzerthalle steht als Spielstätte nicht zur Verfügung	30.000 EUR
Amt 44 – Mehreinnahmen -	
Unterrichtsgebühren (HKK - Maßnahme Nr. 37)	50.000 EUR
Zuwendungsbescheid für Betriebs- und Personalkostenzuschüsse des Landes Sachsen-Anhalt für Personalkosten nebenamtlicher Musikschullehrer	33.686 EUR
Amt 45 – Mehreinnahmen -	
Übertragung zweckgebundener Landes -und Drittmittel aus dem Jahr 2004 und Verkaufserlöse im Museumsladen und Technikmuseum	15.115 EUR
Amt 47 – Mehreinnahme -	
Spende der Stadtsparkasse (zweckgebunden für Ausgaben im Rahmen einer Forschungsvereinbarung)	10.000 EUR

Die Ausgaben im Berichtszeitraum wurden unter Berücksichtigung der o. g. Sperren im Sport - und Schulverwaltungsamt mit 74,1 %, im Kulturamt mit 72,0 %, in den Bibliotheken mit 72,2 %, im Konservatorium mit 74,3 %, in den Museen mit 64,1 % und im Stadtarchiv mit 78,0 % in Anspruch genommen.

Amt 40 – Mehrausgaben -	
Schülerunfallversicherung (der üpl-Antrag wurde zwischenzeitlich genehmigt)	196.869 EUR
Bauunterhaltung bei Sportstätten	91.000 EUR
Amt 40 - Minderausgaben	
Bewirtschaftungskosten und schülerbezogene Ausgaben	250.000 EUR

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt schätzt der Budgetverantwortliche ein, dass das Gesamtbudget 4 unter Berücksichtigung der Sperre in Höhe von 152.478 EUR zum Jahresende durch Mindereinnahmen in Höhe von ca. 275.300 EUR und Mehrausgaben von 40.600 EUR um insgesamt 315.900 EUR (102,2 %) überschritten wird. Bei Bewilligung des vom Amt 40 gestellten Antrages auf überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 196.869 EUR für die Schülerunfallversicherung würde die Überschreitung des Gesamtbudgets ca. 120.000 EUR (100,8 %) betragen.

Budget 5 - Soziales, Jugend und Gesundheit

Der verfügbare Zuschuss des Budgets 5 wurde mit 70,1 % in Anspruch genommen, die Einnahmen betragen 82,2 %, die Ausgabenerfüllung beträgt unter der Berücksichtigung der Sperrung in Höhe von 8.000 EUR insgesamt 71,6 %. Zum Jahresende wird die Einhaltung des Budgets 5 eingeschätzt, auftretende Abweichungen werden innerhalb der Ämter des Dezernates V ausgeglichen. Die in der Analyse zum 30.06.2005 eingeschätzten Mehrausgaben in Höhe von 208.500 EUR werden u.a. durch Umstrukturierung nicht eintreten.

Budget 6 - Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Zuschuss des Budgets 6 wurde auf der Grundlage des verfügbaren Budgets mit 45,8 % in Anspruch genommen. Die Einnahmeerfüllung liegt bei 104,3 %, die Inanspruchnahme der Ausgaben bei 64,7 %.
Für die Zahlung von Zinsen auf Grund einer Rechtsstreitigkeit (Herstellung einer Lärmschutzwand) wurden dem Tiefbauamt zusätzliche Mittel in Höhe von 54.713,50 EUR zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag ist bis zum Jahresende innerhalb des Teilbudgets des Amtes 66 durch Mehreinnahmen oder Minderausgaben auszugleichen.
Die Abarbeitung der Kassenreste aus dem Budget 6 erfolgt planmäßig. Das Bauordnungsamt beabsichtigt, einen Antrag auf Globalbereinigung in Höhe der noch zum Jahresende bestehenden Kasseneinnahmereste zu stellen.

Von den Ämtern des Dezernates VI wird gegenwärtig die Einhaltung des Budgets zum Jahresende eingeschätzt. Unter Berücksichtigung der im Budget 6 gesperrten Sachkosten in Höhe von 135.740 EUR gemäß Info I0192/05 Risiken in der mittelfristigen Finanzplanung wird der Zuschuss voraussichtlich mit 98,4 % in Anspruch genommen.

Budget 7 – Theater Magdeburg

Der Zuschuss des Budgets 7 in Höhe von 13.330.050 EUR (einschließlich der überplanmäßigen Ausgaben für die sicherheitstechnische Betreuung von 15.800 EUR und der Gutachterkosten für externe Dienstleistungen in Verbindung mit der vorgesehenen Eigenbetriebsbildung von 13.250 EUR) wurde mit 76,1 % in Anspruch genommen.

Im Berichtszeitraum wurden Einnahmen in Höhe von 6.374.082 EUR erzielt. Das entspricht 66,7 % der Gesamteinnahmen. Weitere Einnahmen sind u. a. im Rahmen der Projektförderung und durch die 3. Ratenzahlung der Theaterförderung (2.679.900 EUR), welche im November erfolgt, zu erwarten. Von den geplanten Benutzungsgebühren und sonstigen Entgelten in Höhe von 1.392.900 EUR wurden 779.584 (56,0 %) vereinnahmt.

Die geplanten Gesamtausgaben des Budgets 7 betragen 22.884.750 EUR. Im III. Quartal 2005 wurden 16.523.752 EUR (72,2 %) in Anspruch genommen, darunter Personalkosten in Höhe von 13.978.281 EUR.

Der FB 04 schätzt ein, dass das Budget 7 zum Jahresende eingehalten wird. Die dazu notwendigen Haustarifabschlüsse sind durch die zuständigen Tarifpartner mit Datum vom 12.10.2005 getätigt worden. Eine ausführliche Beschreibung zum Umgang mit dem Budget wurde auf Anforderung des Stadtrates vom FB 04 mit der Information I0268/05 gegeben.

Budget 9 – Puppentheater

Der Zuschuss des Budgets 9 in Höhe von 1.437.300 EUR wurde mit 1.006.030 EUR (70,0 %) in Anspruch genommen.

Es wurden Einnahmen in Höhe von 587.319 EUR erzielt. Das entspricht 159,6 % der geplanten Einnahmen des Budgets. Die überproportional gute Erfüllung der Einnahmen im Puppentheater ist begründet durch die zusätzlichen Einnahmen des 6. Internationalen Figurentheaterfestivals, die teilweise zweckgebunden für das Festival verausgabt wurden. In den Monaten Oktober bis Dezember sind weitere Einnahmen aus dem Theateranrecht, den Weihnachtsvorstellungen sowie die 3. Rate des Landeszuschusses zu erwarten.

Ausgaben des Budgets 9 wurden in Höhe von 1.593.349 EUR getätigt. Dies sind gegenüber den Gesamtausgaben 88,3 %. Im Puppentheater, einschl. der Jugendkunstschule, wurden Personalkosten in Höhe von 1.269.737 EUR (81,1 %) in Anspruch genommen. Für die Vorbereitung der Eigenbetriebsbildung des Puppentheaters entstehen im Dezember zusätzliche, nicht geplante Kosten für einen Wirtschaftsprüfer in Höhe von ca. 18.000 EUR. Es ist zu prüfen, ob diese Mehrausgaben innerhalb des Dezernates IV gedeckt werden können.

1.3 Quartalsvergleich ausgewählter Bereiche/Deckungskreise außerhalb der Budgetierung

Im Folgenden werden einzelne Positionen der in Anlage 3 aufgeführten Deckungskreise näher erläutert.

Position 11 - Deckungskreis Soziales (DKSOZ):

	Plan 2005	A-Soll 30.09.05	% 30.09.05	V-Ist 31.12.05	% 31.12.05	Abweichung
Einnahmen	55.012.600	22.334.044	40,6	39.457.500	71,7	-15.555.100
Ausgaben	105.821.200	70.117.937	66,2	87.501.700	82,7	-18.319.500
Zuschuss	50.808.600	47.783.893	94,0	48.044.200	94,6	-2.764.400

Der Zuschuss im DKSOZ wurde mit 94 % erfüllt. Hier sind aber bei den Ausgaben schon der Abschlag für die Juli - Zahlung an die ARGE für die Kosten der Unterkunft (KdU) in Höhe von 5.550,0 Tsd. EUR enthalten. Zum Jahresende wird mit einer Inanspruchnahme des Zuschusses von 94,6 % gerechnet. Voraussetzung dafür sind die Einnahmen aus Erstattung durch den Bund in Höhe von 29,1 % für die Kosten der Unterkunft (KdU) und aus den Erstattungen aus der Revisionsklausel nach § 46 SGB II.

Schwerpunkte der Erfüllung per 30.09.05 und voraussichtlich zum 31.12.05

Einnahmen insgesamt:

Die Erfüllung der Einnahmen liegt bei 40,6 %. Schwerpunkte ergeben sich hauptsächlich im Bereich der Kosten der Unterkunft (UA 48200 Grupp.-Nr. 191).

UA 48200 - Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Hartz IV -) Kosten der Unterkunft (KdU)
Die Einnahmen wurde per 30.09. 05 mit 13.876,6 Tsd. EUR (27,2 %) erfüllt. Bisher erfolgte die Erstattung von Bund und Land in Höhe von 29,1 % der tatsächlichen Ausgaben für KdU.
Da es in diesem Bereich zum Jahresende zu erheblichen Minderausgaben gegenüber dem Plan kommt, ergeben sich demzufolge auch Mindereinnahmen. Dies begründet sich auf veränderte Ausgaben je Bedarfsgemeinschaft zur Ursprungsplanung 2005 (statt 365,75 EUR für 19.897 Bedarfsgemeinschaften werden voraussichtlich 265,00 EUR für 19.820 Bedarfsgemeinschaften anfallen). Die Mindereinnahme wird voraussichtlich 21.700,0 Tsd. EUR betragen.
Von den geplanten Einnahmen u. a. aus der Revisionsklausel nach § 46 Abs. 9 SGB II wurden bisher noch keine Mittel von Bund und Land erstattet. Eine Information dazu wird erst nach der beendeten Überprüfung der Abrechnungsunterlagen erfolgen.

Mehreinnahmen ergeben sich in den Unterabschnitten des DKSOZ wie folgt:

UA 41010 – Hilfe zum Lebensunterhalt – ca. 1.700,0 Tsd. EUR
Hier handelt sich um Einnahmen aus Erstattungen von Gemeinden und Gemeindeverbänden nach § 107 BSHG. Der § 107 BSHG ist nach dem SGB II entfallen. Es wurden verstärkt aus vergangenen Jahren noch ausstehende Rückerstattungen von anderen Gemeinden angeordnet.

UA 48500 – Grundsicherung im Alter – ca. 1.072,3 Tsd. EUR
Ausgleich der Mehraufwendungen für Grundsicherungsleistungen gem. § 34 WohngeldG nach Verteilerschlüssel

UA 48800 –Leistungen nach dem Wohngeldgesetz – ca. 1.340,0 Tsd. EUR
Erstattung vom Land für den besonderen Mietzuschuss aus Abrechnungen des Jahres 2004.

Ausgaben insgesamt:
Die Erfüllung der Ausgaben liegt bei 66,2 %. Hierin enthalten ist bereits der Abschlag für den Monat Oktober an die ARGE für die Kosten der Unterkunft in Höhe 5.550,0 Tsd. EUR.

Minderausgaben ergeben sich in den Unterabschnitten des DKSOZ wie folgt:

UA 41050 – Leistungen nach dem Aufnahmegesetz – ca. 1.100,0 Tsd. EUR
Bei der Erstellung des Haushaltsplanes 2005 war noch nicht klar, wie viel Personen aufgrund von Hartz IV in den Bereich des ALG II fallen.

UA 42000 – Asylbewerberleistungsgesetz – ca. 1.030,0 Tsd. EUR

Aufgrund des neuen Zuwanderungsgesetzes gibt es einen Rückgang der Anzahl von Asylbewerbern.

UA 48200 - Grundsicherung nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Hartz IV -) KdU sh. Mindereinnahmen — 21.700,0 Tsd. EUR

Mehrausgabe:

UA 41310 – Hilfen zur Gesundheit – — 895,0 Tsd. EUR
Nach Einführung des Gesundheitsmodernisierungsgesetztes (GMG) erhielten nicht krankenversicherte Leistungsempfänger von Hilfen zum Lebensunterhalt eine Versicherungskarte. Damit waren sie den Versicherten in ihrem Leistungsansprüchen gleich gestellt. Aufgrund der Einführung des GMG und ungeklärter Abrechnungsmodalitäten aus 2004 sind im vergangenen Jahr keine Abrechnungen mit den Krankenkassen erfolgt. Diese Abrechnungen werden nun 2005 vollzogen und belasten den städtischen Haushalt zusätzlich Weiterhin ist nach Vorlage der Leistungen im 1. Halbjahr erkennbar, dass je Einzelfall höhere Kosten als geplant anfallen.

UA 48500 – Grundsicherung im Alter – — 1.650,0 Tsd. EUR
Bei der Erstellung des Haushaltsplan 2005 war die Anzahl der Fälle unter Berücksichtigung der Einführung der neuen Gesetzmäßigkeiten nach SGB II und SGB XI noch nicht besser ermittelbar. Bei der Beantragung von Leistungen nach SGB II zeigt sich, dass mehr Bürger als dauerhaft vollerwerbsgemindert lt. Gutachten des Rentenversicherungsträgers eingestuft werden und somit kein ALG II, sondern Grundsicherung zu leisten ist.

Position 13 - Deckungskreis Kinderförderungsgesetz (KiFöG):

UA 46400	verfügbarer Plan 2005	AOS 30.09.05	%	V-AOS 31.12.05	%
Einnahmen	15.667.200	15.432.970	98,5	15.669.400	100,2
Ausgaben	30.321.823	24.031.545	79,3	30.105.000	99,2
Zuschuss	14.654.623	8.598.575	58,7	14.435.600	98,5

Mehreinnahmen in Höhe von 645,8 Tsd. EUR sind das Ergebnis durchgeführter Verwendungsnachweisprüfungen aus zurückliegenden Betreuungsperioden wie u. a. ermittelte Sachkostenreduzierungen und nicht anerkannte Zuwendungsfähigkeit von Ausgaben. Mindereinnahmen ergeben sich durch die Übertragung der Einrichtungen an die freien Träger, damit reduzieren sich die Elternbeiträge.

Zum Jahresende wird eine voraussichtliche Minderausgaben in Höhe von 216,8 Tsd. EUR eingeschätzt. Gemäß der I0192/05 erfolgt für den UA 46400 eine Ausgabensperre in Höhe von 5,0 Tsd. EUR. Weitere Minderausgaben werden zur Deckung der Mehrausgaben im UA 45400 „Förderungen von Kindern in Tageseinrichtungen und -pflege“ zur Sicherung des vollen oder ermäßigten Elternbeitrages eingesetzt (Beschl.Nr. 544-16(IV)05). Derzeit befindet sich dieser Unterabschnitt innerhalb des Budget 5, Teilbudget 551. Ab 2006 wird dieser UA in den Deckungskreis KiFöG eingegliedert, da er sachlich diesem Deckungskreis zugeordnet werden muss.

Position 14 - Deckungskreis Hilfe zur Erziehung (DKHzE):

Die Anzahl der zu betreuenden Kinder mit Anspruch auf Rentenzahlung (Erstattung der Sozialleistungsträger an den Hilfeträger) sinkt zunehmend. Dadurch bleiben die Einnahmen in Höhe von ca. 159,0 Tsd. EUR unter den Erwartungen zurück. Die zur Verfügung stehenden Ausgaben werden voraussichtlich in voller Höhe verausgabt. Ausschlaggebend sind dafür die steigenden Entgelte, die sich durch die Personalkostenentwicklung innerhalb der Einrichtungen ergeben und durch die Komplexität der Hilfeleistungen. Im UA 45500 wurden 3 befristete Niederschlagungen mit einem Gesamtvolumen von 11,9 Tsd. EUR vorgenommen, die der verschlechterten wirtschaftlichen Lage der Kostenbeitrags- und Unterhaltsverpflichteten geschuldet ist.

Position 15 - Deckungskreis Unterhaltsvorschussgesetz (UDUVG)

Die Regelbeträge für den Kindesunterhalt wurden ab dem 01.07.2005 von 106 EUR auf 111 EUR/Kind/Monat und von 145 EUR auf 151 EUR/Kind/Monat erhöht. Die Vierte Verordnung zur Änderung der Regelbetragsverordnung war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2005 nicht abzusehen. Der Mehrbedarf wird auf 100 Tsd. EUR geschätzt und muss aus dem Gesamthaushalt gedeckt werden.

Position 16 - Sachsen-Anhalt-Tag

Dem DK UDSAT steht nach Zustimmung einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 150.000 EUR ein Zuschuss in Höhe von 749.900 EUR zur Verfügung, der mit 127,4 % in Anspruch genommen wurde. Ursache für Mindereinnahmen in Höhe von 219.624 EUR sind u. a. der geringe Verkauf von Eintrittsbutton. Aus Sponsoring werden Mindereinnahmen in Höhe von 44.040 EUR ausgewiesen. Die Ausgaben in Höhe von 1.309.900 EUR wurden mit 98,2 % in Anspruch genommen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den höheren Aufwendungen für die Bewirtschaftung (Straßenreinigung, Abfallentsorgung, Bewachung und Stromversorgung (103.385 EUR) und für die Verkehrssicherung (40.747 EUR). Des Weiteren traten bei Realisierung der Altstadtmeile nicht vorhersehbare Mehrkosten in Höhe von 47.510 EUR auf.

Position 17 –Ausstellung 1200 Jahre MD

Das verfügbare Budget im Unterabschnitt 30010 - 1200 – jähriges Stadtjubiläum wurde mit 65,9 % in Anspruch genommen. Per 30.09.2005 wurden zweckgebundene Einnahmen (Landes- und Drittmittel) in Höhe von 331.542 EUR abgerechnet, die in gleicher Höhe zu Ausgaben führten. Die zur Verfügung stehenden Ausgaben für die Durchführung des 1200-jährigen Stadtjubiläums wurden mit 84,0 % in Anspruch genommen. Es wird eingeschätzt, dass der Zuschuss in Höhe von 34.966 EUR überschritten wird, da erhöhten Mehrausgaben bei den Open-Air-Veranstaltungen aus wetterbedingten und sicherheitsrelevanten Gründen entstanden sind.

Das verfügbare Budget im Unterabschnitt 32130 – Sonderausstellung „1200 Jahre Magdeburger Stadtgeschichte“ wurde unter Berücksichtigung der Sperrung von Sachkosten in Höhe von 15.000 EUR entsprechend der Info 0192/05 mit 18,9 % in Anspruch genommen. Es werden Mindereinnahmen bei den Eintrittsgeldern und Verkaufserlösen (geringe Besucherzahlen) erwartet, die durch Reduzierung der Ausgaben in den Positionen Versicherung und Transport ausgeglichen werden. Der städtische Zuschuss wird voraussichtlich mit 69,9 % in Anspruch genommen.

Gastschulbeiträge

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt betragen die Einnahmen 1.669.320 EUR (113,7 %). Die Ausgaben wurden in Höhe von 253.629 EUR (84,4 %) angeordnet.

Die zusätzlichen Einnahmen begründen sich durch die Beschulung von mehr Schülern aus anderen Landkreisen in Magdeburger Schulen, als geplant. Zum Jahresende werden Einnahmen in Höhe von 1.780.320 EUR (121,3 %) erwartet, dies sind Mehreinnahmen von 312.320 EUR.

Vom Amt 40 werden per 31.12.2005 Ausgaben in Höhe von 284.380 EUR (94,6 %) eingeschätzt. Es ergeben sich Minderausgaben von 16.120 EUR, da weniger Magdeburger Schüler Schulen der Landkreise besuchen.

Die Haushaltsrechnung des Vermögenshaushaltes weist per 30.09.2005 folgendes Rechnungsergebnis (Gegenüberstellung der angeordneten Einnahmen zu den angeordneten Ausgaben) aus:

	30.09.2005	**30.09.2004**
Anordnungssoll - Einnahmen	82.665.591,71 EUR	55.306.951,02 EUR
Abgang alter Haushaltseinnahmereste	27.732.925,10 EUR	14.943.271,89 EUR
Abgang alter Kassenreste	382.802,49 EUR	164.943,98 EUR
bereinigte Solleinnahmen	54.549.864,12 EUR	40.198.735,15 EUR
Anordnungssoll - Ausgaben	68.463.692,23 EUR	53.024.762,34 EUR
Abgang alter Haushaltsausgabereste	14.756.482,18 EUR	15.960.062,09 EUR
bereinigte Sollausgaben	53.707.210,05 EUR	37.064.700,25 EUR
E r g e b n i s per 30.9.2005 Saldo zwischen ber. AOS Einn. u. ber. AOS Ausgaben	**842.654,07 EUR**	**3.134.034,90 EUR**

Der **Vergleich** der **angeordneten Einnahmen und Ausgaben** per 30.09.2005 zum **Haushaltsplan 2005** und zu den **insgesamt verfügbaren Mitteln** zeigt zum Stichtag 30.09.2005 einen positiven Erfüllungsstand.

Einnahmen	**Ansatz 2005**	**AO - Soll 30.09.2005**	**in %**
Plan 2005	120.103.800.00 EUR	82 282.789,22 EUR	68,5

HER 2004	35.732.925,10 EUR	8.000.000,00 EUR	22,3
verfügbar insgesamt	**155.836.725,10 EUR**	**90.282.789,22 EUR**	**57,9**
Ausgaben			
Plan 2005	120.103.800,00 EUR	68.463.692,23 EUR	57,0
HAR 2004	27.884.800,00 EUR	13.128.317,82 EUR	47,1
verfügbar insgesamt	**147.988.600,00 EUR**	**81.592.010,05 EUR**	**55,1**

Der positive Einnahmestand per 30.9.2005 (68,5 bzw. 57,9 %) wird sich als Trend bis zum 31.12.2005 nicht linear fortsetzen. Im IV. Quartal 2005 ist die Aufnahme von 9.800.000 EUR aus Krediteinnahmeresten bereits vorgesehen bzw. zwischenzeitlich realisiert. Daraus ergibt sich eine vorläufige Inanspruchnahme von 17,8 Mio. EUR. Die voraussichtliche Höhe der Inanspruchnahme der Krediteinnahmereste ist abhängig von der Entwicklung der Ausgabenseite des Vermögenshaushaltes.

Ebenso spielt die weitere Zuführung von bewilligten Fördermitteln in den Vermögenshaushalt im IV. Quartal 2005 eine nicht unwesentliche Rolle für die Schlussbilanz des Haushalts. Die Fließquote der Fördermittel (Anlage 4) zum 30.09.2005 (ohne Drittmittel) ist mit 22,1 % (30.6. = 14,8%) nach wie vor nicht optimal.

In der Vorausschau zum 31.12.2005 schätzen die Ämter ein, dass 37,6 Mio. EUR Fördermittel im Stadthaushalt eingehen werden. Das entspricht einer Fliessquote von 72,7 %. Damit beträgt die Abweichung zu den geplanten Einnahmen aus Fördermitteln rd. 14,1 Mio. EUR. Die Ursachenanalyse muss in den Fachbereichen und Ämtern erfolgen, um daraus Schlussfolgerungen für künftiges Planungsverhalten zu ziehen.

Im Ergebnis der Zuarbeiten der Fachbereiche und Ämter per 30.09.2005 wurde eine Zusammenstellung der von diesen Bereichen vorgenommenen Einschätzung der Einnahmen und Ausgaben zum Jahresende gefertigt (siehe Anlage 7).

Daraus lässt sich folgende, jedoch noch unsichere, Schlusstendenz zum 31.12.2005 ableiten:

	voraussichtl. Anordnungssoll
Einnahmen	**155 Mio. EUR**
dav. Haushalt 2005	131 Mio. EUR
Krediteinnahmereste 2004	24 Mio.EUR
Ausgaben	**155 Mio. EUR**
dav. Haushalt 2005	130 Mio. EUR
Haushaltsausgabereste 2004	25 Mio. EUR

Ausgehend von diesem Ergebnis ist die Finanzierung der von den Ämtern angemeldeten Haushaltsausgabereste 2005 in Höhe von rd. 12,5 Mio. EUR (Anlage 7) im Haushalt 2006 nicht gesichert. Hier bedarf es einer genauen Analyse der Ausgabenentwicklung einschließlich der Einschätzung der Einnahmerealisierung.

Eine fehlende Finanzierung der Haushaltsausgabereste 2005 hätte die Konsequenz, dass die Finanzierung der HAR für Fortführungsvorhaben, aus dem Haushalt 2006 gesichert werden müssten. Eventuell würde sich daraus die Notwendigkeit eines Nachtragshaushaltes in 2006 ergeben.

Als problematisch stellt sich dabei die Einschätzung der Ausgabenerfüllung für die Vorhaben Altes Rathaus und Aussichtsturm dar.
Das Hochbauamt schätzt ein, dass ca. 1 Mio. EUR beim Bauvorhaben Altes Rathaus am Ende des Jahres nicht kassenwirksam werden. Für das Bauvorhaben wurden überplanmäßige Ausgaben von 790 Tsd. EUR in 2005 bereitgestellt. Hier ist zu prüfen, inwieweit die Kassenwirksamkeit für das Jahr 2006 finanziell gesichert werden kann. Beim Bauvorhaben Aussichtsturm wird eine Untererfüllung von ca. 600 Tsd. EUR eingeschätzt. Hier wurden 558 Tsd. EUR überplanmäßig bereitgestellt, die ebenfalls nicht übertragen werden können. Hier ist wie im Falle des Rathauses, die finanzielle Sicherung der Kassenwirksamkeit für das Jahr 2006 zu prüfen.

Es könnte dazu führen, dass im Jahre 2006 Investitionsvorhaben verschoben werden müssen bzw. ein Nachtragshaushalt aufgestellt werden muss.

Die in der Information zum 30.06.2005 enthaltene Übersicht wesentlicher Finanzierungsprobleme stellt sich aus jetziger Sicht wie folgt dar:

1. Einnahme - Ausfall:
   Investitionshilfe § 11 a FAG 2.070 Tsd. EUR
   Es wird eingeschätzt, dass eine Kompensation im Rahmen der Durchführung im Gesamthaushalt 2005 erfolgen muss.

2. Begleichung von Forderungen:
   Deges/August Bebel Damm 982 Tsd. EUR.
   Die Mittel werden voraussichtlich erst im Haushaltsjahr 2006 zur Begleichung der Forderung benötigt.

3. Einnahme - Ausfall:
   Fördermittel. Ernst Grube Stadion 820 Tsd EUR.
   Es wird eingeschätzt, dass eine Kompensation im Rahmen der Durchführung im Gesamthaushalt 2005 erfolgen muss.

Die Anlage 5 zeigt, dass erhebliche Mittel bewegt wurden, um den finanziellen Mehrbedarf zu decken oder Einnahmeausfälle zu kompensieren. Die Anlage 6 gibt einen Überblick zur Inanspruchnahme der Budgets im Vermögenshaushalt. Zum Jahresende wird mit einer vollen Inanspruchnahme des noch verfügbaren Budgets gerechnet.

Czogalla

Anlagen